

Stellungnahme zu den Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl 2023

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle Familien zu gewährleisten? Planen Sie besondere Maßnahmen, um armutsgefährdete Familien zu unterstützen?

Gute Familienpolitik bedeutet für uns, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Hessen konsequent zu verbessern. Dabei werden wir allen Kindern die beste Bildung von Anfang an ermöglichen – kostenfrei! Krippen und Kitas sind die allererste Bildungseinrichtung für unsere Kinder. In den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege wird der Grundstein für den Bildungserfolg und damit für die gesellschaftliche Teilhabe und die individuellen Lebenschancen gelegt. Ergänzend wollen wir Initiativen und Programme in Kommunen und Kreisen fördern, die sich zum Ziel setzen, alleinerziehende Elternteile (aktuell überwiegend Frauen) bei der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit zu unterstützen und die soziale Teilhabe zu garantieren.

Die Armutsquote liegt in Hessen über dem Bundesdurchschnitt. Allein 45 Prozent der Alleinerziehenden sind von Armut betroffen. Jedes vierte Kind in Hessen lebt in Armut. Kein Kind darf in Deutschland in Armut aufwachsen. Jedes Kind soll die besten Chancen für sein späteres Leben bekommen, unabhängig von seiner Herkunft. Deshalb darf der Landessozialbericht nicht länger eine reine Bestandsaufnahme bleiben, sondern es müssen daraus endlich konkrete Schritte zur Verbesserung der Lage von Menschen in schwierigen Lebenssituationen folgen.

Wir werden Armut altersübergreifend bekämpfen und innerhalb der nächsten fünf Jahre gemeinsam mit Bund und Kommunen zunächst halbieren. Wir müssen dafür frühzeitig und präventiv ansetzen. Mit einem ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Armut werden wir vorbeugende Maßnahmen ergreifen. Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu gewährleisten, die Armut, Armutsfolgen und Armutswirkungen beseitigen und soziale Teilhabe für alle ermöglichen. In der hessischen Landesregierung werden wir die Einführung einer Kindergrundsicherung unterstützen.

Präventive Strukturen für Familien wie Familienzentren und Beratungsangebote z.B. für Eltern-Kind-Kuren, Familienhebammen, Jugendhilfe oder frühe Hilfen müssen weiter ausgebaut und nachhaltig finanziert werden.

Wie wollen Sie künftig sicherstellen, dass die Finanzkraft der Wohnortgemeinde nicht ausschlaggebend für die Teilhabe von Kindern an frühkindlichen Bildungsangeboten ist?

Kitas und Schulen sehen wir als einen grundlegenden Teil für Chancengleichheit und Gerechtigkeit an. Wir wollen grundsätzlich gebührenfreie Kitas und eine Finanzierung der Kita-Betriebskosten zu zwei Dritteln durch den Landeshaushalt. So werden wir die Träger der Kitas finanziell entlasten und sorgen für gleiche Teilhabechancen, egal ob auf dem Land oder in der Stadt.

Welche Partizipationsmöglichkeiten sollten Eltern in Bezug auf diese Thematik Ihrer Meinung nach haben und wie werden Sie diese realisieren?

Grundsätzlich sind Eltern wichtige Bildungs- und Erziehungspartner*innen. Ihre Beteiligung an der Gestaltung und Entwicklung der frühkindlichen Bildung ist wichtig. Sie brauchen eine starke Stimme. Mit der Landeselternvertretung für Kindertageseinrichtungen und -pflege ist ein wichtiger erster Meilenstein erreicht, für den wir lange gemeinsam mit vielen Eltern gekämpft haben. Wir wollen Eltern unterstützen, hessenweit auf Gemeinde-, Stadt- sowie Kreisebene Elternvertretungen zu gründen, auszubauen und weiterzuentwickeln.

Planen Sie diese Daten künftig zentral und einheitlich für das Land Hessen zu erheben?

Eine gute Datengrundlage ist Voraussetzung für vorausschauendes Handeln. Wir wollen die qualitative Entwicklung der Kitas kontinuierlich vorantreiben, indem wir die Weiterentwicklung zu Familienzentren fördern und die Fachberatung stärken. Grundsätzlich halten wir auch ein Institut für frühkindliche Bildung in Hessen für sinnvoll, welches für die Aufbereitung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse und Modellkonzepte zuständig ist. Für uns geht es darum, die Expertise aus Wissenschaft und Praxis zusammenzuführen und daraus konkrete Vorschläge zu unterbreiten, um landesweit voneinander zu lernen und Ressourcen zu bündeln.

Bei der letzten Gesetzesänderung haben wir bereits mit einem Änderungsantrag eine jährliche Evaluation insbesondere für den Bereich des Quereinstiegs gefordert, um bei Fehlentwicklungen schnell reagieren und gegensteuern zu können.

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie auf den Weg bringen, um auch Kindern mit spezifischen Bedürfnissen einen Zugang zur frühkindlichen Bildung zu gewähren, der ihren und den Bedürfnissen der Familien tatsächlich entspricht?

Die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ist in Hessen noch lange nicht erreicht. Wir wollen damit vorankommen und dafür sorgen, dass Inklusion eine Selbstverständlichkeit in Hessen wird. Dafür werden wir den Landeswohlfahrtsverband

(LWV) in die Lage versetzen, seine Aufgaben zu erfüllen. Die Expertise von Menschen mit Behinderung ist in allen Bereichen der Landespolitik stärker zu berücksichtigen. Die Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz in Hessen werden wir konsequent mit einem eigenen Aktionsprogramm verfolgen. Die Inklusion in Hessen muss in der Landesregierung von einem oder einer Verantwortlichen koordiniert und gleichzeitig ressortübergreifend umgesetzt werden.

Wir wollen inklusive Bildung von der Kita über die Grundschulen und weiterführenden Schulen bis zu weiteren Bildungseinrichtungen ohne Qualitätsverlust und Nachteile ermöglichen. Dies erfordert neben der Barrierefreiheit in jeglicher Hinsicht auch die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit den notwendigen therapeutischen, pflegerischen und sachlichen Mitteln. Wir werden die notwendigen finanziellen und personellen Mittel hierfür zur Verfügung stellen sowie insbesondere die Aus-, Fort- und Weiterbildungskapazitäten ausweiten, damit wir dem Anspruch an uns selbst gerecht werden, zukünftig der Inklusion besser und ohne Qualitätsverlust gerecht werden zu können.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den ressourcenorientierten Umgang mit migrationsbedingter Heterogenität und Mehrsprachigkeit in der KiTa zu fördern?

In den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege wird der Grundstein für den Bildungserfolg und damit für die gesellschaftliche Teilhabe und die individuellen Lebenschancen gelegt. Wichtig ist uns dabei, dass die sprachliche Bildung und Förderung im frühkindlichen Bereich auskömmlich finanziert wird. Eine gute Sprachförderung in den Kindertagesstätten ist die Grundlage für eine erfolgreiche Schullaufbahn und umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Gerade in der aktuellen Situation ist diese spezielle Förderung für Kinder mit Migrations- oder Flüchtlingshintergrund nicht wegzudenken.

Welche zusätzlichen Maßnahmen werden Sie ergreifen, um pädagogisches Fehlverhalten in Kitas (1) überhaupt zu bemerken, (2) systematisch zu dokumentieren, (3) dieses zukünftig zu unterbinden bzw. Gewalt in Kitas präventiv entgegenzuwirken und (4) Transparenz für Eltern hinsichtlich der Qualität von Kitas herzustellen? Sind neben den bestehenden punktuellen Qualitätskontrollen in unseren Kitas systematische und flächendeckende Qualitätskontrollen geplant, um sicherzustellen, dass die Rechte unserer Kinder gewahrt werden? Wenn ja, werden diese Ergebnisse den Eltern zugänglich gemacht und auf welchem Wege?

Kinder haben das Recht auf ein gewaltfreies Aufwachsen. Der Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt zählt zu den grundlegenden Aufgaben des Staates – und erfordert eine an den Kinderrechten orientierte gesellschaftliche Grundhaltung. Kinder müssen gestärkt werden und ihre Rechte und Möglichkeiten kennen. Dazu gehören auch flächendeckende, altersgerechte und professionelle Präventionsangebote im Kita- und

Schulbereich über den eigenen Körper und Sexualität, Geschlechterrollen, Erkennen von Grenzüberschreitungen und Setzen von Grenzen gegenüber Erwachsenen und Kindern.

In allen Einrichtungen, in denen sich Kinder regelmäßig aufhalten, muss ihr Recht auf Schutz gewährleistet sein. Die Präventionsarbeit braucht dafür einen nächsten qualitativen Schritt. Für alle Einrichtungen der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe sind Schutzkonzepte im SGB VIII bereits gesetzlich vorgeschrieben und Voraussetzung für eine Betriebserlaubnis. Auch Angebote, die keine Betriebserlaubnis benötigen (wie z. B. Kinder- und Jugendtreffs der Religionsgemeinschaften oder Kinder-Sportgruppen und Fahrschulen), sollen Unterstützung bei der Entwicklung eigener Schutzkonzepte erhalten. Sie sind überall sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich flächendeckend einzurichten. Die Jugendämter, unabhängige Beratungsstellen und die Bildungsverwaltungen sollen Kitas und Schulen unterstützen, die Schutz- und Hilfefkonzepte weiterzuentwickeln, umzusetzen und mit Hilfe eines Monitorings zu begleiten.

Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die Arbeitsbelastung unserer Fachkräfte durch die Öffnung des Katalogs sicherzustellen? Welche weiteren Maßnahmen planen Sie, um die Arbeitsbelastung zu reduzieren und die Arbeitszufriedenheit zu steigern? Werden Sie sicherstellen, dass der Prozess bei der Entstehung sogenannter „multiprofessioneller Teams“ von Anfang an verpflichtend und durch professionelle Anbieter begleitet wird (z.B. durch verpflichtendes Leitungs- und Teamcoaching)? Wie stellen Sie sicher, dass hierfür ausreichend Kapazitäten und finanzielle Mittel für jede KiTa zur Verfügung stehen? Wie wird sich die Evaluation der Auswirkungen der Öffnung des Fachkräftekatalogs gestalten? Planen Sie, zeitnah ein Qualifizierungssystem aufzubauen, in dem nicht einschlägig qualifizierte systematisch in Richtung der staatlich anerkannten Abschlüsse qualifiziert werden? Welche weiteren Maßnahmen sind geplant, um mittel- und langfristige qualifiziertes Personal zu gewinnen und bestehendes Personal zu halten?

Die Landesregierung aus CDU und Grünen wird zunehmend mit den Versäumnissen der Vergangenheit konfrontiert. Trotz zahlreicher Vorschläge und Hinweise hat man in den letzten zehn Jahren keine langfristigen Maßnahmen ergriffen, obwohl der Fachkräftemangel im KiTa-Bereich absehbar war. Das kann und darf so nicht weitergehen. Kinder brauchen eine gute, verlässliche frühkindliche Förderung und Bildung. Aufgrund der Versäumnisse ist man jetzt gezwungen, kurzfristige Maßnahmen zu ergreifen. Eine moderate Öffnung des Fachkräftekatalogs hin zu multiprofessionellen Teams ist in der jetzigen Situation eine schnell realisierbare Lösung. Wir sehen es positiv, dass beispielsweise der Fachkräftekatalog um Logopädie und Ergotherapie erweitert wurde. Wenn man diesen Weg jedoch geht, muss man allerdings mehr beachten, als die bloße Erweiterung der Teams. Wichtige Punkte wie die Gewährleistung einer unbürokratischen und schnellen Anerkennung von in- und ausländischen Abschlüssen, die Stärkung der Fachberatung, die Einarbeitung der neuen Fachkräfte, mehr Zeit für Praxisanleitung und damit verbunden eine Stärkung der Leitungen oder auch eine regelmäßige Evaluierung muss zwingend passieren.

Wenn man die Kitas für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger weiter öffnet und gleichzeitig das Berufsfeld nicht dequalifizieren will, dann bedarf es eines umfassenden

und durch das Land finanzierten Qualifikationsprogramms und Zeit für Einarbeitung und zur Weiterbildung. Hier sehen wir dringenden Nachbesserungsbedarf.

Es braucht außerdem langfristige Maßnahmen. Wir werden die Kapazitäten an den Fachschulen ausbauen, sowie für eine vollständige Schulgeldfreiheit und eine angemessene Ausbildungsvergütung Sorge tragen.

Wie werden Sie die KiTa-LEV konkret dabei unterstützen, diese fehlenden Strukturen zeitnah aufzubauen? Beantragen Sie derzeit die Gründung von Gemeinde- und Kreiselternvertretungen und wenn ja, in welchen Gemeinden und Kreisen? Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit der KiTa-LEV vor?

Eltern brauchen eine starke Stimme, um auf Fehlentwicklungen in der schwarzgrünen Kita-Politik aufmerksam machen zu können. Wir hatten uns bereits 2018 und 2019 mit konkreten Initiativen für die Einrichtung eines Landeselternbeirats stark gemacht. Unsere Gesetzentwürfe hatten auch verbindliche Gemeinde- und Kreiselternvertretungen vorgesehen. Leider scheiterte dies an der schwarzgrünen Mehrheit im Hessischen Landtag. Umso mehr freuen wir uns, dass dieses Gremium trotz des von der Landesregierung katastrophal organisierten Wahlverfahrens nun eingesetzt ist.

Uns ist eine gute Zusammenarbeit mit der Landeselternvertretung sehr wichtig, weshalb wir gern in einen regelmäßigen Austausch kommen möchten. Gleichzeitig werden wir uns weiterhin dafür stark machen, dass eine neu gewählte Landesregierung zusammen mit der gewählten Elternvertretung ein stabiles Wahlverfahren auf den Weg bringt, um alle Eltern in Hessen mitzunehmen und zu beteiligen. Für uns geht es an dieser Stelle um eine echte Beteiligung der Eltern und nicht um Schaufensterpolitik.